

Beschluss (Ziffer 1 gegen die Stimmen von FDP - BAYERNPARTEI,
Ziffern 2 bis 4 einstimmig):

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich an den Deutschen Städtetag und die Bundesregierung wegen einer Anhebung des Regelsatzes zu wenden.
2. Dem Vorschlag des Sozialreferats, auf eine Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Leistungen nach dem SGB XII bis zu einem Betrag von 36 Euro zu verzichten, wird zugestimmt.
3. Der Antrag Nr. 20-26 / A 00613 der SPD / Volt - Fraktion vom 04.11.2020 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.